

# ABCHASIEN UND SÜDOSSETIEN – RUSSLANDS INTERVENTION IN GEORGIEN (AUGUST 2008)

*Aschot Manutscharjan*

## **RUSSLANDS „STILLE ANNEXION“ IN GEORGIEN**

Die Russländische Föderation (RF) hatte die Kosovo-Politik der USA, der Europäischen Union und der NATO immer aufs Schärfste kritisiert. Denn Moskau fürchtete nicht ohne Grund, mit der völkerrechtlichen Anerkennung des zu Serbien gehörenden Kosovo werde ein Präzedenzfall geschaffen, der zu weiteren, unkontrollierbaren Separationsbestrebungen führen werde. Immerhin sprach Russland aus eigener Erfahrung: Es hatte in zwei blutigen Kriegen (1994 bis 1996 und 1999 bis 2002) den separatistischen Aufstand der Tschetschenen niedergeschlagen. Präsident Wladimir Putin und sein Nachfolger, Dmitrij Medwedew, versicherten deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit, Russland werde sich der Unabhängigkeit des Kosovo entgegenstemmen: Sie widerspreche der UN-Sicherheitsrats-Resolution Nr. 1244, die die territoriale Integrität Serbiens unterstütze.

Da der Kreml den Unabhängigkeitsprozess des Kosovo jedoch nicht mehr stoppen konnte, überlegte die russische Führung, wie sie den Präzedenzfall Kosovo für ihre eigenen sicherheitspolitischen Interessen nutzen könnte. Vor allem der Südkaukasus bot mit seinen ungelösten – „eingefrorenen“ – Konflikten in Berg-Karabach, Südossetien und Abchasien vielfältige Handlungsoptionen.



Dr. Aschot Manutscharjan, aus Armenien stammend und jetzt in Berlin ansässig, ist Politikwissenschaftler und Journalist. Von 1993 bis 2000 nahm er einen Lehrauftrag für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn wahr. Er ist durch zahlreiche Veröffentlichungen vor allem über Russland, die Kaukasus-Region und Zentralasien hervorgetreten. Ein Schwerpunkt seiner Forschungen liegt im Bereich internationale Sicherheitspolitik.

**Der Einmarsch der Russen in Georgien im August 2008 ist das Resultat eines sehr komplexen Prozesses, in dessen Verlauf beide Seiten durchaus bewusst die Konfrontation gesucht haben. Während Moskau seit den Tagen seiner harschen Kritik an der amerikanisch-europäischen Kosovo-Politik die „eingefrorenen“ südkaukasischen Konflikte – Berg Karabach, Südossetien und Abchasien – zu instrumentalisieren bestrebt war und in scharfer Form vor einem NATO-Beitritt Georgiens warnte, arbeitete die georgische Regierung, allen voran Präsident Saakaschwili, von Anfang an und im Glauben an die Unterstützung durch Washington auf den Konflikt mit Russland hin. Nun, nach dem völkerrechtswidrigen, von manchen NATO-Generälen indes als „angemessen“ bewerteten Einmarsch Moskaus in der Region hat auch Tiflis seine Fehleinschätzung der Entwicklung erkannt, die nicht zuletzt eines bewirkt hat - die weitere Verschärfung der russisch-amerikanischen Konfrontation im Südkaukasus insgesamt.**

Bereits am 14. Februar 2008 hatten Russland und Abchasien für den Fall der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo ihre Reaktionen abgestimmt. Die völkerrechtliche Anerkennung der serbischen Provinz sei für die „Russländische Föderation inakzeptabel“, meldete das Außenministerium in Moskau. Die russischen Diplomaten fügten hinzu, auf diese Weise werde ein Lösungsmodell für regionale Konflikte durchgesetzt, das unzweifelhaft „auf einer Politik der Doppelstandards“ basiere. Abchasiens Außenminister Sergej Schamba erklärte, nunmehr werde auch Abchasien die Anerkennung seiner Unabhängigkeit durch Russland fordern.<sup>1</sup> Zwar dementierte Russlands Erster Vize-Ministerpräsident, Sergej Iwanow, während der Münchner Sicherheits-Konferenz im Februar 2008 vehement, sein Land habe nur auf einen Anlass gewartet, um Abchasien und Südossetien anerkennen zu können. Tatsächlich unternahm Moskau parallel eilige politische und administrative Schritte, die das Gegenteil beweisen.

Am 5. und 6. März 2008 forderten die Parlamente von Südossetien und Abchasien die Vereinten Nationen, die EU, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und Russland auf, ihre Sezession von Georgien anzuerkennen. Am 6. März 2008 erklärte Russland, es sehe sich nicht in der Pflicht, die Vereinbarungen „Über Konfliktregulierung in Abchasien (Georgien)“ der GUS vom 19. Januar 1996 weiter zu unterstützen. Damit hob Moskau die Wirtschafts-, Finanz- und Transport-Blockade gegenüber Abchasien auf. Den Vertragsbruch begründete die russische Führung mit dem Hinweis, Georgien verfolge keine konstruktive Politik, um Vertrauen und Sicherheit in der Konfliktzone wiederherzustellen. Mehr noch: Georgien torpediere mit der Stationierung von Truppen im Norden des Kodori-Tals die Verhandlungen.<sup>2</sup>

Zwei Wochen später – am 21. März 2008 – verabschiedete die Staatsduma eine Erklärung „Über die Politik der RF gegenüber Abchasien, Südossetien und Transnistrien“. Die Abgeordneten schlugen Präsident Putin und der Regierung vor, „nach einer Möglichkeit für einen objektiven Prozess der Souveränitätsfindung für Abchasien und Südossetien zu suchen, der im Ergebnis auch zur Anerkennung ihrer Unabhängigkeit“ führen könnte. Diesen Schritt sollte Russland direkt vollzie-

1 | Lenta.ru, 14.02.2008; [www.kavkaz-uzel.ru/printnews/id/1207487](http://www.kavkaz-uzel.ru/printnews/id/1207487).

2 | Soobščenie dlja SMI, MID RF (Presseerklärung des Außenministeriums), Dok. 300, 06.03.2008.

hen, betonten die Duma-Abgeordneten, sollte Georgien die bis dahin völkerrechtlich nicht anerkannten Republiken militärisch angreifen oder den Beitritt zur NATO weiter forcieren.<sup>3</sup>

Diese Erklärung ist ein eindeutiger Beleg für die These, dass die Anerkennung der beiden Provinzen schon seit Ende März 2008 in Moskau auf der politischen Tagesordnung stand. Tatsächlich dürfte die „Empfehlung“ zur Abgabe dieser Duma-Erklärung direkt aus dem Kreml gekommen sein. Denn der Vorsitzende der Staatsduma, Boris Gryslow, gehört zum Kreis der engsten politischen Entscheidungsträger um Wladimir Putin und Dmitrij Medwedew. Putins Partei Einiges Russland verfügt zudem über die absolute Mehrheit in der Duma, und es ist kaum vorstellbar, dass eine solche brisante Erklärung ohne vorherige Absprache mit dem Präsidenten persönlich eingebracht worden wäre.

Die Duma ließ die politische Führung in Tiflis also unmissverständlich wissen, sollte einer der beiden Fälle – Krieg oder NATO-Beitritt – eintreten, werde Russland mit der völkerrechtlichen Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien antworten. Dass es in den dann unabhängigen Gebieten zur Errichtung russischer Militärbasen kommen würde, wurde zwar nicht explizit erwähnt, dürfte aber allen Beteiligten klar gewesen sein. Als besondere Provokation der politischen Führung in Tiflis darf gelten, dass die Duma-Abgeordneten das „souveräne Recht Georgiens auf einen NATO-Beitritt“ keineswegs leugneten.<sup>4</sup>

**Die Duma ließ die politische Führung in Tiflis unmissverständlich wissen, sollte einer der beiden Fälle – Krieg oder NATO-Beitritt – eintreten, werde Russland mit der völkerrechtlichen Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien antworten.**

Georgiens Präsident Michael Saakaschwili reagierte auf das Signal aus Moskau, indem er versuchte, mit neuen Autonomie-Angeboten die abtrünnigen Provinzen an den Verhandlungstisch zu locken: Er bot deren „Präsidenten“ beispielsweise das in der georgischen Verfassung nicht vorgesehene Amt des Vize-Präsidenten an und wollte ihnen ein Veto-Recht im georgischen Parlament zugestehen. Gleichwohl lehnten beide Provinzen die Friedensinitiativen Saakaschwilis im Vorfeld des Bukarester NATO-Gipfels (2. bis 4. April 2008) ab.

3 | „Zajavlenie“ und „O sostojanii uregulirovanija konfliktov na territorijach SNG“. In: [www.duma.gov](http://www.duma.gov) vom 13.03. und 21.03.2008. Lenta.ru, 21.03.2008.

4 | *Nezavisimaja Gazeta*, 24.03.2008.

Abchasien wies darauf hin, dass es mittels Referendum bereits am 3. Oktober 1999 seine Unabhängigkeit erklärt habe. Tatsächlich stimmten 97,7 Prozent der Abchasen für die Trennung von Georgien, aber die vertriebenen 200000 Georgier – sie stellten vor dem Krieg die Bevölkerungsmehrheit – durften an der Abstimmung nicht teilnehmen. Von daher muss die Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeitserklärung Abchasiens vom 12. Oktober 1999 klar hinterfragt werden. Das hielt Abchasiens Präsident Bagapsch nicht davon ab zu betonen, sein Land habe lange vor dem Kosovo für die Unabhängigkeit gekämpft. Überhaupt liege der Fall Abchasien anders. „Die Völker Abchasiens und Südossetiens haben ihre Entscheidung längst getroffen und lehnen einen Beitritt zu Georgien ab“, fügte der südossetische Außenminister Murat Dschioew hinzu. „Georgien hat in den letzten zwanzig Jahren alles unternommen, dass es auch in Zukunft nicht dazu kommt.“

Dass Saakaschwilis Angebot in Abchasien und Südossetien auf so wenig Gegenliebe stieß, lag nichts zuletzt daran, dass er gleichzeitig um Südossetien herum starke Militärkräfte zusammenzog. Als Begleitmusik überboten sich georgische Politiker in einer aggressiven Kriegsrhetorik und starteten Desinformationskampagnen. Sie arbeiteten vor allem auf eine weitere Eskalation des Konfliktes hin.<sup>5</sup>

Nach dem NATO-Gipfel in Bukarest, der eine mögliche Mitgliedschaft Georgiens in der Militärallianz prinzipiell bestätigte, antwortete Russland mit einer wichtigen Entscheidung, die als erster völkerrechtlicher Schritt hin zur Anerkennung Abchasiens und Südossetiens zu bewerten ist. Zuerst erklär-

**Außenminister Sergej Lawrow erklärte, Russland werde „alles tun“, um Georgiens Beitritt in die NATO zu verhindern.**

te Außenminister Sergej Lawrow, Russland werde „alles tun“, um Georgiens Beitritt in die NATO zu verhindern. Generalstabschef Jurij Balujewskij echote, im Falle einer georgischen NATO-Mitgliedschaft werde sein Land sowohl

mit „militärischen als auch mit anderen Mitteln“ antworten.<sup>6</sup> Einflussreiche Duma-Abgeordnete rieten der Regierung, das Kosovo-Thema „sofort“ im Südkaukasus zu instrumentalisieren, ansonsten habe es „die Welt morgen schon vergessen“. Sicherheitspolitiker bestätigten unterdessen, dass Russland gewichtige Maßnahmen ergreifen werde, um Georgiens

5 | [www.gazeta.ru](http://www.gazeta.ru), 30.04.2008.

6 | Interfax, 11.04.2008; *Nezavisimaja Gazeta*, 10. und 14.04.2008.

NATO-Beitritt zu verhindern: In diesem Fall werde es „zu einer russischen Militärpräsenz in Abchasien und Südossetien kommen“.

Bereits am 14. April 2008 ließ die gut informierte Tageszeitung *Nezavisimaja Gazeta* ihre Leser wissen, Russland werde mit Abchasien und Südossetien Beistandsverträge abschließen und damit seine Militärpräsenz unabhängig von internationalen Verpflichtungen (UNOMIG und OSZE) gestalten. Geplant seien ein Marinestützpunkt in Otschamtschiri und eine Luftwaffenbasis in Gudauti. „Diese Entscheidungen hätte Russland schon 1993 treffen sollen“, kommentierte ein russischer Diplomat.<sup>7</sup> Dabei hätte er wissen müssen, dass Moskau diesen Schritt zu Beginn der neunziger Jahre gar nicht hätte unternehmen können: Damals hing die Unabhängigkeit Tschetscheniens wie ein Damoklesschwert über allen russischen Aktivitäten im Nordkaukasus.

Präsident Putin ordnete am 16. April 2008 an, Russland müsse seine Staatsbürger in Abchasien und Südossetien stärker unterstützen, beispielsweise indem die Föderalen Organe mit den Behörden dieser Provinzen enger zusammenarbeiteten.<sup>8</sup> Zudem müsse das Außenministerium die von den „tatsächlichen Machtorganen“ in Abchasien und Südossetien ausgegebenen Dokumente anerkennen. Da Russland in den vorangegangenen Jahren in den beiden Provinzen eine lockere Einbürgerungspolitik betrieben hatte, besaß nach georgischen Angaben die abchasische und die südossetische Bevölkerung inzwischen mehrheitlich die russländische Staatsbürgerschaft. Begründet wurde Putins Erlass mit der Weigerung Georgiens, eine Gewaltverzichtsvereinbarung zu unterzeichnen. „Die Führung Georgiens lehnt es ab, mit Sutschumi und Zchinwali Dokumente über einen Gewaltverzicht bzw. den Verzicht auf eine kriegerische Auseinandersetzung zu unterschreiben. Stattdessen verstärkt Georgien sein Angriffspotenzial und demonstriert seine Aggressivität“, erklärte Präsident Putin. Deshalb nehme niemand die neuen georgischen Friedensinitiativen ernst. Umgekehrt sprach das Parlament in Tiflis von einer drohenden „Annexion georgischer

**Präsident Putin ordnete am 16. April 2008 an, Russland müsse seine Staatsbürger in Abchasien und Südossetien stärker unterstützen.**

7 | Moskva otvetit NATO Abchaziej. (= Moskau wird der NATO mit Abchasien antworten). In: *Nezavisimaja gazeta*, 16.04.2008.

8 | „O poručenijach Prezidenta Rossii Pravitel'stvu RF v otnošenii Abchazii i Južnoj Osetii.“ In: MID RF, Dok. 501, 16.04.2008.

Gebiete“. Der außenpolitische Sprecher des georgischen Parlaments, Konstantin Gabaschwili, wies darauf hin, dass 78 Prozent der Bevölkerung Georgiens via Referendum für die NATO-Mitgliedschaft votiert hätten.<sup>9</sup>

### **EIN BEFREIUNGSSCHLAG? GEORGIEN SUCHT DEN KRIEG**

Die georgische Regierung ließ es auf einen Krieg mit Russland ankommen.<sup>10</sup> Damit wollte Präsident Michael Saakaschwili der Weltöffentlichkeit, vor allem aber Europäischer Union (EU) und NATO die ungelösten Sezessions-Konflikte in Süd-ossetien und in Abchasien wieder ins Bewusstsein bringen. Die Mission wäre dann erfolgreich gewesen, hätte Georgien

**Russland war auf die Herausforderung – einen Militärkonflikt mit Georgien – bestens vorbereitet. Mehr noch: Russland wartete geduldig auf einen Angriff.**

den Abzug der russischen Truppen aus den Konfliktzonen erreicht. Umgekehrt war Russland auf diese Herausforderung – einen Militärkonflikt mit Georgien – bestens vorbereitet. Mehr noch: Russland wartete geduldig auf einen Angriff. Schließlich könnte ein Krieg mit

Georgien viele sicherheitspolitische Probleme im Südkaukasus einer Lösung zuführen. Die wichtigste Herausforderung – die geplante NATO-Mitgliedschaft Georgiens zu verhindern – sollte im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung fürs Erste erledigt sein.

Die georgische politische Führung, vor allem Präsident Saakaschwili, suchte willentlich die militärische Auseinandersetzung mit Russland und scheiterte an der – unerwartet – entschiedenen Haltung der politischen Führung in Moskau. Michael Saakaschwili war im Gespräch mit dem Autor im Februar 2007 davon überzeugt, dass Russland Georgien nicht angreifen werde: „Diese Zeiten sind vorbei. Früher war Georgien kein richtiger Staat, sondern ein Territorium, auf dem Chaos herrschte. Hier war es leicht, Kriege zu provozieren und uns anzugreifen. Jetzt lässt unser innenpolitisches Umfeld diese Provokationen kaum noch zu. Allerdings schließe ich nicht aus, dass militärische und politische Provokationen stattfinden werden. Aber der Krieg im Nordkaukasus und andere Kriege haben bewiesen, dass es heute keine rein mi-

9 | *Kommersant*, 18.04.2008.

10 | Mehr dazu in den Beiträgen von Thomas Kunze, Lars Peter Schmidt, Katja Plate und Peter R. Weilemann: „Südkaukasus-Konflikt“/[kas.de](http://kas.de).

litärischen Lösungen für politische Probleme mehr gibt. Den Artikel von Verteidigungsminister Sergej Iwanow über die sicherheitspolitischen Risiken Russlands habe ich aufmerksam gelesen. Auch seine Ausführungen darüber, dass Russland möglicherweise gezwungen sein könnte, militärisch bei innenpolitischen Krisen in Nachbarstaaten einzugreifen. Das hat man schon 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1979 in Afghanistan getan. Damals existierte kein CNN und diese Staaten waren nicht unabhängig. Heute haben wir andere Zeiten. Ich halte es für reine Rhetorik, innenpolitisch motiviert, die mit der Realpolitik nichts zu tun hat. Vielleicht wollte er auch die Reaktion des Westens prüfen. Sie sollte härter ausfallen“. Die USA werden reagieren, meinte Saakaschwili: „Washington wird es nicht zulassen, dass Russland nach Georgien einmarschiert.“<sup>11</sup>

Das Kalkül des georgischen Staatschefs ging jedoch nicht auf: Er hatte angenommen, die russischen Panzerverbände aus Nordossetien würden nicht in den Konflikt eingreifen und die in Südossetien stationierten russischen friedensstiftenden Truppen würden die Flucht ergreifen. Das Gegenteil trat ein, so dass der Präsident seine Hauptziele nicht erreichte: Weder gelang ihm die Rückeroberung Südossetiens noch die Vertreibung der Südosseten. Als „Vabanquespiel“ bezeichnete der deutsche Diplomat Michael Libal, ehemaliger Leiter der OSZE-Mission in Georgien/Südossetien, den georgischen Versuch, „mit massivem und rücksichtslosem Waffeneinsatz Zchinwali zu erobern, den Konflikt loszutreten. Dies konnte bei Osseten und Russen nur die traumatische Erinnerung an die Brutalität des georgischen Vorgehens 1992 wecken und den Willen, eine Wiederholung zu verhindern. Man möchte sich nicht vorstellen, welche Folgen ein georgischer Sieg für die Osseten gehabt hätte. Die Flucht Zehntausender Osseten aus dem Süden spricht für sich“.<sup>12</sup>

Nachdem Russland die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien am 26. August 2008 als unabhängige Staaten anerkannt hat, erscheint eine Wiederangliederung der Territorien an Georgien in absehbarer Zukunft als äußerst unwahrscheinlich. Umgekehrt konnte Russland einige zentrale

11 | Michael Saakaschwili im Gespräch mit dem Autor im Februar 2007. Das Interview wurde veröffentlicht in: *Die Welt*, 07.02.2007. Y.-Magazin der Bundeswehr, Nr. 3, 2005, S. 116.

12 | FAZ, Leserbrief, 26.08.2008.

Probleme lösen: Künftig wird die Stationierung der russischen Truppen in der Region nicht länger von Georgien abhängen, sondern von den neuen „Staaten“, mit denen es seit dem 9. September 2008 diplomatische Beziehungen unterhält. Von diesem Zeitpunkt an sind die russischen Militärbasen in Abchasien und Südossetien „völkerrechtlich“ abgesichert. „Jetzt darf Georgien in die NATO“, lautete der zynische Kommentar eines Duma-Abgeordneten.

Obwohl nicht wenige NATO-Generäle – im Unterschied zur Politik – den Vergeltungsschlag Russlands als „angemessen“ bewerteten,<sup>13</sup> bestand das Hauptziel der russischen Intervention nicht darin, Georgien zu bestrafen oder „einen Völkermord“ an Südosseten und Abchasen, also den georgischen nationalen Minderheiten, zu verhindern. Das hielt Präsident Medwedew aber nicht davon ab, genau dies in seiner Erklärung zur Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens zu behaupten: „Saakaschwili hat für die Lösung der politischen Fragen den Völkermord gewählt. Damit hat er alle Hoffnungen auf eine friedliche Koexistenz der Osseten, Abchasen und Georgier in einem Staat eigenhändig beendet. Die Völker Südossetiens und Abchasiens sprachen sich mehrmals in Referenden für ihre Unabhängigkeit aus [...] In Anbetracht der freien Willensäußerung des ossetischen und des abchasischen Volkes, nach Bestimmungen der UN-Charta und der Deklaration über die Prinzipien des internationalen Rechts von 1970 sowie der Helsinki-Schlussakte von 1975 und anderen grundlegenden internationalen Dokumenten habe ich im Namen der Russischen Föderation die Anordnungen über die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und der Unabhängigkeit Abchasiens unterschrieben. Russland ruft andere Staaten auf, dem Beispiel zu folgen. Es ist eine schwere Entscheidung, aber es ist die einzige Möglichkeit, das Leben der Menschen zu retten.“<sup>14</sup>

An dieser Stelle soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass diese Ausführungen Medwedews, die von Ministerpräsident Wladimir Putin mitgetragen werden, im groben Widerspruch zur Vernichtungspolitik stehen, die Russland gegenüber der eigenen Minderheit, den Tschetschenen, betreibt.

13 | „Russen reagieren angemessen“. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 24.08.2008.

14 | Zajavlenie Prezidenta Rossijskoj Federacii Dmitrija Medvedeva, 26.08.2008. In: [www.kremlin.ru/text/appears/2008/08/205744.shtml](http://www.kremlin.ru/text/appears/2008/08/205744.shtml).

Den flächendeckenden Bombardierungen während der beiden Kriege fielen allein 200 000 Zivilisten zum Opfer.

Fakt ist, dass Russland die Gebiete Abchasien und Südossetien seit den Jahren 1992 und 1993 instrumentalisierte, um Einfluss auf Georgien nehmen zu können. Zuerst war das militärische Engagement in Südossetien und Abchasien ein Beleg dafür, dass Moskau das Ausmaß der Gefahr des Separatismus in Abchasien und Südossetien für die eigene Kaukasusgrenze realisiert hatte.<sup>15</sup> Deshalb hatte der Kreml mehrfach deutlich gemacht, dass Russland für die territoriale Integrität Georgiens eintreten werde. Mit anderen Worten: Moskau verfolgte von Anfang an das Ziel, diese Konflikte in Georgien einzudämmen. Ansonsten bestand die Gefahr, dass die Unabhängigkeitsbewegungen zu einer Vereinigung der nordkaukasischen Völker führen könnten. Die beiden Sezessionskriege Tschetscheniens bestätigten später diese Befürchtungen Moskaus.<sup>16</sup>

**Fakt ist, dass Russland die Gebiete Abchasien und Südossetien seit den Jahren 1992 und 1993 instrumentalisierte, um Einfluss auf Georgien nehmen zu können.**

Als Georgien noch unter der Präsidentschaft Eduard Schewardnades im Oktober 1999 öffentlich seinen Wunsch äußerte, der NATO beizutreten, änderten sich die Richtlinien der russischen Politik gegenüber Georgien. Das Hauptziel Moskaus im Südkaukasus bestand nun darin, an die Konflikte nicht zu rühren, sondern sie in ihrem „eingefrorenen“ Zustand zu belassen. Mittel- und langfristig war dieser Kurs aber immer schwerer durchzuhalten, da die USA und die NATO Georgien zwischenzeitlich zum Schauplatz einer aktiven Kaukasuspolitik gemacht hatten und glaubten, ohne Rücksicht auf Russlands nationale Sicherheitsinteressen agieren zu können.<sup>17</sup> Seit der Machtübernahme des pro-amerikanischen Präsidenten Michael Saakaschwili im Januar 2004 wurde Russland aufgefordert, seine Truppen bedingungslos

15 | Aschot Manutscharjan, „Der Kaukasus in den internationalen Beziehungen (1991-1994)“, in: Karl Kaiser und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die Außenpolitik der neuen Republiken im östlichen Europa*, Bonn 1994 (= Bonner Schriften zur Integration Europas: Bd. 1) S. 157–213. Ders., „Der Faktor Abchasien und die russisch-georgischen Beziehungen“, in: *Aktuelle Analysen*. Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 52 / 1996.

16 | Ljema Usmanov, *Nepokorjonnaja Čečnja*, Moskau 1997. Anna Politikovskaja, *Vtoraja Čečenskaja*, Moskau 2003.

17 | Elkhon Nuriyev, *The South Caucasus at the Crossroads. Conflicts, Caspian Oil and Great Power Politics*, Berlin 2007.

aus Georgien abzuziehen und die Militärstützpunkte zu schließen. Am Ende kam Moskau diesem Ansinnen nach.

Um Georgiens NATO-Beitritt doch noch zu torpedieren, blieben Russland nur die beiden „eingefrorenen Konflikte“ um Südossetien und Abchasien: Hier durfte noch der mächtige Nachbar im Rahmen von UN-Resolutionen und bilateralen Verträgen militärische Präsenz zeigen. Da Moskau die georgischen Forderungen nach einem Truppenabzug ebenso ablehnte wie die Stationierung internationaler Militär- oder Polizeikräfte, destabilisierte Tiflis die Aufenthaltsorte der russischen friedensschaffenden Truppen in Abchasien und in Südossetien. Mit einem „Befreiungsschlag“ in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 wollte Präsident Saakaschwili Russland endgültig aus Südossetien vertreiben – eine leichtsinnige Entscheidung mit schwerwiegenden Konsequenzen für Georgien ebenso wie für die Stabilität der Region insgesamt.

### **DIE KONFLIKTE NOTFALLS MIT MILITÄRISCHEN MITTELN LÖSEN**

Diese Entscheidung bedeutete den Abschluss eines Politikwechsels mit Blick auf die Konflikte um Abchasien und Südossetien. Hatte Präsident Eduard Schewardnadse (1995 bis 2003) jahrelang auf eine friedliche Lösung gesetzt, indem er Russlands Interessen respektierte, wählte sein Nachfolger eine grundsätzlich andere Strategie:<sup>18</sup> Eine militärische Lösung der Konflikte wurde seit Januar 2004 nicht mehr abgeschlossen.

Aus diesem Kurwechsel machte Tiflis kein Geheimnis: In vielen Reden und Interviews betonte die politische Klasse Georgiens stets aufs Neue, sollten die friedlichen Mittel der Konfliktlösung ausgeschöpft sein, werde die Kaukasusrepublik gezwungen sein, mit „militärischen Mitteln“ die territoriale Integrität des Landes wiederherzustellen. So erklärte Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse 2005, Georgien wolle den Dialog führen und den Südossetien-Konflikt friedlich beilegen. Tiflis sei „aber nicht bereit, ewig zu warten, bis eine Handvoll Separatisten bereit ist, mit uns zu verhandeln“.

18 | Aschot Manutscharjan, „Georgien: Der erzwungene Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse. Ein Hintergrundbericht über eine lange politische Krise“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 12 (2003) Nr.12, S. 4–32.

Daneben bat Georgien UNO, EU, OSZE, NATO und den Europarat um Unterstützung und forderte die internationalen Organisationen auf, Druck auf Russland auszuüben.<sup>19</sup> Auf diese Weise wollten die Regierenden in Tiflis den Separatisten klar machen, dass ihnen nur der Verhandlungsweg blieb. Unterdessen redete Verteidigungsminister Gela Beschuaschwili Klartext: „Nachdem Präsident Saakaschwili am Grab König Davids geschworen hatte, er werde Georgien wiedervereinigen, sind die Menschen davon überzeugt, dass er es schaffen wird.“ Anfang Mai 2004 war es Saakaschwili tatsächlich gelungen, die Provinz Adscharien der Zentralmacht friedlich einzuverleiben. Dazu Beschuaschwili: „Wir werden uns Abchasien und Südossetien mit friedlichen Mitteln, aber hart in der Sache zurückholen.“ Der Verteidigungsminister glaubte, dass dies im Rahmen der gültigen Verträge, also des Moskauer Waffenstillstandsvertrags von 1993 und der Resolution des UN-Sicherheitsrates über die Beobachtermission in Georgien (UNOMIG), gelingen werde.

**Georgien bat UNO, EU, OSZE, NATO und den Europarat um Unterstützung und forderte die internationalen Organisationen auf, Druck auf Russland auszuüben.**

Dennoch waren 2004 auch andere Töne zu hören: „Wenn uns die Verträge behindern, werden wir sie aussetzen. Sollten also die Abkommen den Wiedervereinigungsprozess unseres Landes stören, werden wir sie einseitig für ungültig erklären.“ Auf die Frage, ob er garantieren könne, dass Tiflis keine militärische Offensive beginnen würde, ohne vorher die UNOMIG zu informieren, antwortete Beschuaschwili: Die UN-Beobachter würden schon mitbekommen, wenn sich die Lage zuspitzen sollte, und von sich aus das Land verlassen. „Aber bevor es zum Krieg kommt, werden wir alles versuchen, um die Wiedervereinigung Abchasiens mit Georgien für beide Seiten so interessant wie möglich zu gestalten. Wir werden ideologisch, politisch und wirtschaftlich alles tun, um unser Ziel zu erreichen.“ Eine militärische Lösung wollte der Verteidigungsminister ausdrücklich nicht ausschließen.<sup>20</sup>

Wichtig war für Georgien, dass Russland international als Konfliktpartei anerkannt wird: Zwar präsentiert sich Moskau

19 | Nino Burdschanadse in einem Interview mit dem Autor. In: *Das Parlament*, Berlin, 14.03.2005.

20 | Aschot Manutscharjan, „Georgien will seine Konflikte notfalls militärisch lösen. Der Kaukasus zwischen den strategischen Interessen Russlands und der USA“, in: *Das Parlament*, 54. Jahrgang, Nr. 26, 21.06.2004. Interview des Autors mit Verteidigungsminister Gela Beschuaschwili in: *Bundeswehr aktuell*, Nr. 21, 24.05.2004.

offiziell als Vermittler und Beschützer, in Wirklichkeit betreibe das Land aber eine doppelgleisige Politik, hieß es in georgischen Erklärungen. Einerseits erkenne Moskau die territoriale Integrität Georgiens an, andererseits unterstütze es offen die Separatisten.

### **PRIORITÄT HAT DER NATO-BEITRITT**

Georgiens unentwegtes Streben in die NATO beunruhigte und verärgerte die politische Klasse in Moskau. „Deshalb hat uns Moskau ein Ultimatum gestellt. Bevor die russischen Truppen Georgien verlassen, müssen wir verbindlich festschreiben, dass keine andere Armee Stützpunkte bei uns errichten darf. In einer solchen Erklärung sehen wir kein besonderes Problem, da wir selbst großes Interesse daran haben, dass in Georgien keine fremden Truppen stationiert sind. Aber das ist keine Angelegenheit zwischen Georgien und Russland. Das wollen wir allein entscheiden,“ betonte Burdschanadse.<sup>21</sup> Die Stationierung fremder Soldaten wollte Tiflis abhängig machen von der weiteren Entwicklung der Beziehungen zu Moskau. In keinem Fall jedoch wollte Georgien auf das Hauptziel seiner Außen- und Sicherheitspolitik verzichten: die Mitgliedschaft in der NATO. Georgische Politiker begründeten diesen Wunsch mit dem Hinweis, es gehe ihnen „nicht nur um Sicherheit“, sondern sie wollten damit auch die „gemeinsamen Werte“ schützen. Der EU-Beitritt war diesem Hauptziel untergeordnet.

**Präsident Saakaschwili war sich immer sicher, dass sich die USA für die NATO- und EU-Mitgliedschaft Georgiens einsetzen würden. Im Gegenzug unterstützte er die Irak-Intervention der Bush-Administration.**

Präsident Saakaschwili war sich immer sicher, dass sich die USA für die NATO- und EU-Mitgliedschaft Georgiens einsetzen würden. Im Gegenzug unterstützte er die Irak-Intervention der Bush-Administration und schickte 2000 Soldaten – das drittgrößte Militärkontingent – ins Zweistromland. Daneben veranlasste er eine Militärreform, trieb Wirtschaftsreformen und die Demokratisierung des Landes voran. Deshalb glaubte er, Georgien werde „in kurzer Zeit“ – ebenso wie die Ukraine – NATO-Mitglied sein.

Selbstbewusst argumentierte der Staatschef, Georgien werde nicht nur Nutznießer der europäischen Sicherheitsarchitektur sein. „Unsere geographische Lage ist umgekehrt auch für die Allianz von enormer Bedeutung. Ich gehe davon aus, dass

21 | So Nino Burdschanadse in: *Das Parlament*, 14.03.2008.

Georgien noch in diesem Jahr (2007, AM) den Status eines offiziellen NATO-Beitrittskandidaten erhält.“ Da die Europäer an Stabilität und Sicherheit interessiert seien, sollten sie enger mit Tiflis zusammenarbeiten. Die Regierung war 2005 davon überzeugt, dass Georgien im Jahr 2006 in den Membership Action Plan (MAP) der NATO aufgenommen werde, 2007 oder 2008 wollte Georgien assoziiertes EU-Mitglied sein.<sup>22</sup>

Die Überbewertung der Rolle Georgiens in einem möglicherweise stattfindenden neuen „Kalten Krieg“ basiert auf der anti-russischen Haltung von US-Vizepräsident Richard Cheney, der ebenso wie der heutige Präsidentschaftskandidat der Republikaner, John McCain, die georgische Politik gegenüber Russland unterstützt. Saakaschwili glaubte denn auch, dass bei einem NATO-Beitritt die ungelösten Konflikte in Georgien „kein Hindernis sein werden“. Schließlich schüre sein Land die Konflikte nicht. Bei der NATO-Mitgliedschaft ging es dem Präsidenten vor allem darum, Russland ein Instrument aus der Hand zu schlagen, mit dem es die politische Situation im Land jederzeit destabilisieren konnte. Dessen ungeachtet bedeutet eine NATO-Mitgliedschaft der Kaukasusrepublik ein unkalkulierbares Risiko für das Militärbündnis. Aufgrund der kategorischen Weigerung der Abchasen und Südosseten, jemals wieder dem georgischen Staat anzugehören, war die militärische Konfrontation mit Russland vorprogrammiert.

Nichtsdestoweniger ließ US-Präsident George W. Bush nicht locker: Beim NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest wollte er die Aufnahme Georgiens in den Membership Action Plan durchsetzen. Mit diesem Rückhalt zeigte sich Präsident Saakaschwili siegessicher. Allein ärgerte den als emotional und „hitzköpfig“<sup>23</sup> charakterisierten Präsidenten, dass die (west-) europäischen NATO-Mitglieder Georgiens Beitrittswunsch als verfrüht betrachteten.

Deshalb änderte Georgien seit Mai 2008 seine Taktik: Während Tiflis seine diplomatischen Aktivitäten verstärkte, heizte es die militärische Auseinandersetzung in beiden Konflikt-

22 | Y.-Magazin der Bundeswehr, Nr. 3, 2005, S. 116. *Das Parlament*, 14.03.2008.

23 | FAZ, 19.07.2008. Nach dem Krieg wurde selbst in Artikeln, die viel Sympathie für die georgische Position erkennen ließen, Kritik an der Persönlichkeit Saakaschwilis und seiner emotionalen Art, politische Entscheidungen zu treffen, geübt.

zonen an. Der Fokus der diplomatischen Anstrengungen lag in der EU: In seinen Reden erwähnte Saakaschwili die USA kaum und präsentierte die Lage in Georgien als rein europäisches Problem. Das Schicksal Georgiens sei die wichtigste Herausforderung für die europäische Zukunft. Sollte Georgien die abtrünnigen Provinzen nicht zurückbekommen, würden schon bald wieder russische Panzer in Richtung Ost- und Westeuropa rollen. „Georgien ist nur der Anfang. Morgen ist es die Ukraine, dann die baltischen Staaten und Polen.“

Der Präsident war sich nicht zu schade, die Lage Georgiens mit derjenigen Berlins „in Zeiten der Blockade“ zu vergleichen. So geschehen bei einem Besuch in der deutschen Hauptstadt im Juni 2008. Dabei betonte er, nicht sein Land falle die Entscheidungen über eine mögliche militärische Konfrontation mit Russland. „Selbstredend werden wir diese niemals suchen. Aber eine Seite reicht, um die Konfrontation zu suchen. Und wir als schwächerer, kleiner Staat können das dann nicht verhindern.“<sup>24</sup> Tatsächlich war der Präsident im Juli 2008 nicht bereit, ein auf deutsche Vermittlung zurückgehendes Dokument zu unterzeichnen, in dem sich Georgien verpflichten sollte, auf die Anwendung von Gewalt bei der Konfliktlösung mit Abchasien und Südossetien zu verzichten. Stattdessen setzte Tiflis auf kriegerische Rhetorik und nahm so eine Verschlechterung der ohnehin schwer belasteten Beziehungen zu Russland in Kauf.

### **PRÄSIDENT MEDWEDEW: „RUSSLAND IST STARK“**

**„Russland ist stark und kann mehr Verantwortung bei der Lösung regionaler und globaler Probleme übernehmen“, erklärte Präsident Medwedew am 15. Juli bei einem Treffen mit Russlands Botschaftern.**

„Russland ist stark und kann mehr Verantwortung bei der Lösung regionaler und globaler Probleme übernehmen“, erklärte Präsident Medwedew am 15. Juli bei einem Treffen mit Russlands Botschaftern im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Moskau.<sup>25</sup> Während

des „ehrlichen und pragmatischen Gesprächs“ teilte der Neue den Diplomaten mit, dass „man uns nicht nur zuhört, sondern Entscheidungen von uns erwartet“. Außerdem sollten sich die Außenamtsvertreter Gedanken darüber machen, wie sie die Interessen ihrer Heimat in Zukunft aggressiver vertreten könnten, forderte der Präsident ganz im Sinne seines Vor-

24 | So Saakaschwili im Interview mit *Die Welt*, 26.06.2008.

25 | Vystuplenie Prezidenta Rossii D.A. Medvedeva na soveščanii poslov. In: MID RF. In: [www.mid.brpf-4nsf/](http://www.mid.brpf-4nsf/)

gängers Putin. Dass er den Diplomaten unmissverständlich vorwarf, Russlands neu gewonnene starke Position nicht offensiv genug zu vertreten, ließ er in die Öffentlichkeit durchsickern.

In seinen Ausführungen skizzierte Medwedew das Bild eines selbstbewussten Russland, das seine nationalen Interessen mit aller Entschiedenheit wahren werde. Von daher habe sich Moskau vorgenommen, alle Versuche einzelner Länder oder ganzer Staatengruppen abzuwehren, die zu ihrem eigenen Vorteil „das Völkerrecht umgehen und verletzen wollen“. Damit bezog er sich auf die USA und die NATO – auf die direkte Namensnennung verzichtete der Präsident jedoch. Schließlich will Medwedew keine offene Konfrontation mit diesen wichtigen Partnern. Im gleichen Zusammenhang kritisierte er auch die Kosovo-Politik des Westens scharf, indem er die „völkerrechtswidrige Unabhängigkeit des Kosovo“ mit dem Irak-Krieg der USA verglich. Daneben versicherte er, seine Außenpolitik ziele auf eine stärkere Rolle für die Vereinten Nationen, insbesondere den UN-Sicherheitsrat, ab. An die Stelle der OSZE solle nach dem Willen Moskaus ein neuer euro-atlantischer Vertrag treten.

Zu den Aufgaben der russischen Außenpolitik gehöre auch die Bekämpfung der neuen „ideologischen Angriffe“ auf sein Land, sagte Medwedew weiter. Bei dem Versuch, die Geschichte umzuschreiben, gehe es einzig darum, Russlands Vergangenheit und seine aktuelle Politik zu diffamieren. Abgesehen davon setzte er auch neue außenpolitische Akzente: Während sein Amtsvorgänger angekündigt hatte, Moskau werde auf die US-Raketenabwehrpläne in Osteuropa „asymmetrisch“ reagieren, will Putins Nachfolger „adäquat“ antworten. Mit anderen Worten: Russland plant, gegen die Raketenanlagen mit militärischen Mitteln vorzugehen.

Auch seine erste große außen- und sicherheitspolitische Rede nutzte Präsident Medwedew, um sein „Konzept der Außenpolitik der Russländischen Föderation“ zu präsentieren. Darin definierte er Russland als „eines der wichtigsten Zentren der gegenwärtigen Welt“ und als „größte euroasiatische Macht mit dem Status einer der führenden Staaten der Welt“.<sup>26</sup> Prä-

26 | Konceptcija vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, Moskau, 12.07.2008, Pr-1440. In: Prezident Rossii, kremlin.ru/text/doc. 2008/077/204108.

sident Putins Ziel der Schaffung einer „multi-polaren Welt“ wird hingegen nicht mehr erwähnt, schließlich sind die USA laut Kreml längst nicht mehr die einzige Weltmacht.

**Neben dem internationalen Terrorismus, dem Drogenhandel und der Proliferation sieht der neue Präsident Russlands Sicherheit vor allem durch das US-Raketenabwehrprojekt in Polen und Tschechien bedroht.**

Neben dem internationalen Terrorismus, dem Drogenhandel und der Proliferation sieht der neue Präsident Russlands Sicherheit vor allem durch das US-Raketenabwehrprojekt in Polen und Tschechien bedroht. Das hält ihn jedoch nicht davon ab, die Entwicklung eines globalen

Raketenabwehrsystems gemeinsam mit allen Partnern vorzuschlagen. Damit erteilt er den USA und der NATO, denen er unterstellt, sein Land in einen neuen Rüstungswettbewerb hineinziehen zu wollen, eine klare Abfuhr. Denn der Pragmatiker Medwedew weiß, dass sich Russland einen solchen Wettlauf nicht leisten kann: Er würde „die Wirtschaft ruinieren und die innenpolitische Entwicklung schwer belasten“.

Allerdings erscheint wenig plausibel, dass Russlands Präsident die Beziehungen zu den USA ausgerechnet auf die Ebene der „strategischen Partnerschaft“ heben will. Schließlich räumt Washington ihnen längst diesen Status ein. Dessen ungeachtet will sich Moskau nach wie vor um ein „strategisches Gleichgewicht“ zwischen den beiden Staaten bemühen, wünscht aber, dass andere Nuklearmächte den russisch-amerikanischen nuklearen Abrüstungsverträgen beitreten. An dieser Stelle reagiert Medwedew auf neuere Herausforderungen: Die stark aufgerüstete VR China, die enorme Finanzmittel in die Raketentechnik und ihr Nuklearwaffenarsenal investiert hat, soll stärker eingebunden und so kontrolliert werden. Dass Russland gleichzeitig die „russisch-chinesische strategische Partnerschaft weiterentwickeln“ will, bedeutet keinen Widerspruch, sondern stellt den Versuch dar, China auch im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit einzubinden.

Daneben will sich der Präsident verstärkt mit den Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beschäftigen. Allerdings verfolgt er das früher gepriesene Projekt einer „Union zwischen Weißrussland und Russland“ nicht weiter. Auch die Rückeroberung der ehemaligen sowjetischen Republiken steht nicht mehr auf Medwedews Prioritätenliste. Umgekehrt bedeutet dies, dass Moskau den GUS-Mitgliedern keine Vorzugsbehandlung mehr zukommen lassen will. Folgerichtig erhöhte Russland die Gaspreise für seine GUS-Partner, die auch nach dem Zerfall der Sowjetunion die benötigten

Energieträger häufig weit unter Weltmarktpreis erhalten hatten. Heute gilt: Geschenke gibt es nicht mehr. Stattdessen behält sich Moskau vor, flexibel auf die Realpolitik seiner Partner zu antworten, falls nötig auch mit militärischen Mitteln.<sup>27</sup> Als Sicherheitsrisiko wird der Wunsch eines Beitritts Georgiens und der Ukraine zur NATO bewertet. Präsident Medwedew kündigte in diesem Zusammenhang an, er werde sich gegen „diesen destabilisierenden Vorgang“ zur Wehr setzen. Schneller als gedacht – und vielleicht erhofft – wurde das neue außen- und sicherheitspolitische Konzept im Kaukasus einem Praxistest unterzogen.

## **RUSSLAND UND GEORGIEN: MAI BIS AUGUST 2008**

Nachdem der Versuch gescheitert war, im Frühjahr in das MAP-Programm der NATO aufgenommen zu werden, intensivierte Georgien seine konfrontative Politik in den Konfliktzonen. Institutionell wurde zur Vorbereitung der Rückkehr Abchasiens und Südossetiens ein neuer „Minister für Reintegration“ eingesetzt. Diese persönliche Entscheidung Saakaschwilis musste die Machthaber in Zchinwali und Suchumi verstimmen. Ende April 2008 spitzte sich die Lage weiter zu: Es kam zu ständigen Scharmützeln an der Grenze zu den abtrünnigen Provinzen. Als über Abchasien zwei georgische Drohnen abgeschossen wurden, bezeichnete Georgien dies in einer Protestnote an Russland als „Akt der Aggression“. Die Versuche der NATO, in diesem Konflikt zu vermitteln, lehnte Abchasien ab.<sup>28</sup> Die Zuspitzung der Krise bewertete Reintegrationsminister Temuri Jakobischwili als „positiven Prozess“: „Die Lage hat sich verschärft. Und das hat den Konflikt aus seinem eingefrorenen Zustand befreit. Wenn bei einem Kranken die Temperatur steigt, bedeutet das nicht immer eine Verschlechterung seines Zustands.“<sup>29</sup>

**Nachdem der Versuch gescheitert war, im Frühjahr in das MAP-Programm der NATO aufgenommen zu werden, intensivierte Georgien seine konfrontative Politik in den Konfliktzonen.**

Diese Bewertung ist ein direkter Hinweis darauf, dass die georgische Regierung eine politische Entscheidung getroffen

27 | Gadžiev K.S., *Geopolitika Kavkaza*, Moskau 2003; Žil'cov S.S., Zonn I.S., Uškov, *Geopolitika Kaspijskovo regiona*, Moskau 2003. Aschot Manutscharjan, „Russlands Politik im Süd-Kaukasus“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 5 (2007) S. 28–73.

28 | Jurij Simonjan, „Rossija možet ostat'sja bez posredničeskich funkcij“, In: *Nezavisimaja Gazeta*, 30.05.2008.

29 | Temuri Jakobišvili in Interview mit *Nezavisimaja Gazeta*, Moskau, 27.05.2008.

hatte: Künftig steuerte sie einen Konfrontationskurs in den Krisengebieten, um dort die „Temperatur zu erhöhen“. Das Ziel: Die russischen Militäreinheiten sollten von internationalen Truppen – von EU oder OSZE – ersetzt werden, die in den abtrünnigen Gebieten Polizeifunktionen zu übernehmen hätten.

Nach Ansicht der gut informierten Moskauer Zeitung *Nezavisimoe Voennoe Obozrenie* (*Unabhängige Militärrundschau*, AM) hatte das russische Verteidigungsministerium bereits im Mai 2008 den „friedensschaffenden Truppen“ in Abchasien und Südossetien den Befehl erteilt, „entsprechend der Lage zu handeln“. Moskau stufte die Situation in der Region als kritisch ein und erwartete eine Militäroperation Georgiens. Der Oberkommandierende des Nordkaukasischen Militärbezirks erhielt den Befehl, ohne Rücksprache mit Moskau auf jede „georgische Provokation oder Verletzung der Vereinbarungen“ direkt, mit „maximalem Einsatz der Waffen“, zu antworten. Gleichzeitig wies die Administration des russischen Präsidenten darauf hin, sollte Georgien Russland das Mandat in Georgien entziehen, werde der Kreml seine Armee aus Abchasien nicht abziehen. In diesem Fall werde Moskau mit Abchasien einen Verteidigungspakt schließen und dort als verbündete Armee bleiben. Abchasiens Präsident Sergei Bagapsch hatte diesen Vorschlag bereits früher gutgeheißen.<sup>30</sup>

**Der Kreml ließ im Mai 2008 verbreiten, die russischen Truppen würden auf keinen Fall tatenlos zusehen, sollten georgische Soldaten die Kontrollpunkte in den Konfliktregionen passieren.**

Der Kreml ließ zudem im Mai 2008 verbreiten, die russischen Truppen würden auf keinen Fall tatenlos zusehen, sollten georgische Soldaten die Kontrollpunkte in den Konfliktregionen passieren. Eine Wiederholung der Vorkommnisse des Sommers 2006, als die georgische Armee an den russischen Kontrollpunkten vorbei ins Kodori-Tal einmarschierte, werde Moskau nicht hinnehmen.

Ende Juni, Anfang Juli 2008 kam es zu regelmäßigen Schusswechseln an den Grenzen zu Abchasien und Südossetien. Außerdem gab es Terroranschläge mit Toten in Gagra, Sutschumi und Gali. Dabei ging die Zuspitzung der Lage nicht zwangsläufig von den Südosseten aus, schließlich profitierten sie vom Status quo und hatten zumindest vordergründig kein

30 | Prikazano otvečat' po maximumu (Es wird befohlen, maximal zu antworten). In: *Nezavisimoe Voennoe Obozrenie*, Moskau, 23.–29.05.2008.

Interesse daran, „die Temperatur zu erhöhen“. Aufgrund dieser jüngsten Vorkommnisse wurden die russischen Einheiten langsam zurückgedrängt, während die georgischen Sondereinheiten und Kommandospezialkräfte in der Nähe Südossetiens stationiert wurden.<sup>31</sup>

Unterdessen bot Moskau Saakaschwili an, ein Gewaltverzichtsabkommen und einen Waffenstillstandsvertrag zu unterzeichnen. Der georgische Präsident lehnte die Angebote jedoch kategorisch ab und wertete sie als Versuch Russlands, sich auf diese Weise dauerhaft in den abtrünnigen Provinzen festzusetzen. Diese unnachgiebige Haltung überzeugte Abchasien und Südossetien, dass eine Militäraktion Georgiens nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. US-Außenministerin Condoleezza Rice kritisierte bei ihrem Besuch in Georgien Anfang Juli 2008 Russlands Politik, die „zur Spannung in der Region beigetragen hat“. Staatsmännischer verhielt sich Ex-Präsident Eduard Schewardnadse: Er empfahl seinem Nachfolger, nicht alle Angebote aus Zchinwali und Suchumi vorab abzulehnen und den Waffenstillstandsvertrag zu unterzeichnen.<sup>32</sup> Unterdessen erreichten die georgisch-russischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt, Kenner der Region schlossen eine kriegerische Auseinandersetzung nicht länger aus.<sup>33</sup> Russland kontrollierte die Lufthoheit über Abchasien und Südossetien und bestätigte, dass vier Militärmaschinen am 8. Juli 2008 über Südossetien geflogen seien, um „die militärische Auseinandersetzung zu verhindern, die immer wahrscheinlicher wurde“.

Am 12. Juli 2008 rief Georgien seinen Botschafter aus Russland „zu Konsultationen“ zurück. Die Vorbereitungen zu einem Treffen Medwedew-Saakaschwili wurden von der georgischen Seite abgebrochen. Als Antwort auf die Konzentration der georgischen Truppen an der Grenze zu Südossetien veranstaltete die russische 58. Armee in Nordossetien ein Militärmanöver und hielt seine Truppen in Alarmbereitschaft. Das georgische Parlament forderte am 11. Juli 2008 die internationale Gemeinschaft auf, Russlands

**Am 12. Juli 2008 rief Georgien seinen Botschafter aus Russland „zu Konsultationen“ zurück. Die Vorbereitungen zu einem Treffen Medwedew-Saakaschwili wurden von der georgischen Seite abgebrochen.**

31 | Rossijskich mirotvorcev vytesnjaüt iz zony bezopasnosti. In: *Nezavisimaja Gazeta*, 25.06.2008.

32 | Osobaja missija Rais. In: *Nezavisimaja Gazeta*, 10.07.2008.

33 | Svetlana Gamova, „Kavkazskij uzel“, in: *Diplomatičeskij Kurjer*, Moskau, 14.07.2008.

Politik „hart zu verurteilen“ und die Mandate der russischen „friedensschaffenden Truppen“ zu ändern. Andernfalls „wird Georgien gezwungen sein, in naher Zukunft entsprechende rechtliche Schritte zu unternehmen, um die russischen Streitkräfte zu delegitimieren und sie aus der Konfliktzone zu entfernen“. Kenner der Kaukasuspolitik Russlands warnten, der Kreml könnte noch im Juli Südossetien und Abchasien zu „Zonen lebenswichtiger Interessen“ erklären.<sup>34</sup>

Immer noch glaubten wichtige Politiker in Moskau, es gehe „nicht um den Beitritt Abchasiens und Südossetiens zu Russland, sondern um die Lösung der Konflikte zwischen Abchasien und Südossetien auf der einen und der georgischen Regierung auf der anderen Seite“. So betonte Boris Gryslow, Duma-Präsident und Putin-Intimus, für Russland sei es wichtig, „dass in diesen Regionen keine militärischen Konflikte stattfinden“. „Leider“ beharre die georgische Regierung auf ihrer einseitigen, kompromisslosen Haltung.

Gleichwohl war der russischen Führung bewusst, dass sie ihre Militärpräsenz in Georgien nicht endlos würde ausdehnen können. Deshalb sollte die Öffentlichkeit erfahren, dass Russland die Georgier noch vor dem erwarteten Waffengang zum Gewaltverzicht gedrängt hatte. „Es ist sehr wichtig, dass sich die internationale Gemeinschaft auch für die Haltung der anderen Konfliktparteien – Abchasien und Südossetien – interessiert. Von daher ist es beispielhaft, dass unsere Vorschläge in Bezug auf die Notwendigkeit einer Gewaltverzichtsvereinbarung in der Region in vielen Punkten mit den Initiativen aus Deutschland übereinstimmen,“ sagte Duma-Vorsitzender Boris Gryslow in einem Interview mit dem Autor noch zwei Wochen vor dem georgisch-russischen Waffengang.<sup>35</sup>

Zusammenfassend soll an dieser Stelle festgehalten werden, dass die georgischen Kriegsvorbereitungen für Russland, die NATO und die OSZE kein Geheimnis waren. Dass die Georgier bereits im Juli 2008 Truppen unmittelbar an der Grenze zu Südossetien stationiert hatten, bestätigte gegenüber dem Deutschen Bundestag auch der Deutsche Wolfgang Richter,

34 | Marina Perevoskina, „Polet na opereženie“, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 14.07.2008.

35 | Interview des Autors mit dem Vorsitzenden der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russländischen Föderation, Boris Gryslow. In: *Das Parlament*, Nr. 35–36, 25.08.2008.

Leitender Militärberater der OSZE-Mission in Südossetien und Oberst im Generalstab. Es gebe keine Belege für Saakaschwilis Behauptungen, die Russen seien bereits vor seinem Angriffsbefehl in den Roki-Tunnel einmarschiert.<sup>36</sup> Schließlich hatte Moskau sowohl Tiflis als auch die interessierte Öffentlichkeit frühzeitig wissen lassen, dass die russische Armee in Georgien einmarschieren würde, sollte die Kaukasusrepublik gegen frühere Vereinbarungen verstoßen. Anders gesagt: Man musste kein Prophet sein um zu prognostizieren, dass Russland beim nächsten georgischen Angriff auf Südossetien oder Abchasien mit einer militärischen Intervention reagieren würde.

Die Erkenntnisse der NATO-Aufklärung zeigen, dass die Kriegshandlungen von den georgischen Streitkräften ausgingen und dass diese Zchinwali nach heftigem Beschuss zeitweise besetzt hielten. Als die russische Armee aus dem Nordkaukasus zwölf Stunden später einmarschierte und mit einer Feuerwalze antwortete, ergriffen die georgischen Einheiten die Flucht. Wie ein georgischer General der NATO später berichtete, hatten die Militärs Präsident Saakaschwili von einem Angriff abgeraten. Die NATO-Diplomaten bewerteten dies als einen Versuch der georgischen Militärs, „sich selbst reinzuwaschen und Saakaschwili die Schuld für den verlorenen Krieg zuzuschieben“.<sup>37</sup> Dem widersprach Eduard Schewardnadse. Er wollte nichts von „Hardlinern“ oder „russischen Provokationen“ hören, die Saakaschwili angeblich zum Krieg gezwungen hätten: „Ich würde nicht von einer Provokation sprechen. Der Militäreinsatz war Saakaschwilis wohlüberlegte Entscheidung [...]. Die Frage bleibt, welches Ziel er hatte. Ich glaube, das weiß er selbst nicht.“<sup>38</sup>

Dass der Angriffsbefehl von Präsident Saakaschwili, dem Oberkommandierenden, persönlich kam, belegt auch die Tatsache, dass der georgische Verteidigungsminister nachweislich nichts von dieser Entscheidung wusste. Sonst hätte er sich in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 wahrscheinlich nicht an seinem Urlaubsort Marbella aufgehalten.<sup>39</sup>

36 | „Georgien: Wettlauf zum Tunnel“, in: *Der Spiegel*, Nr. 38, 2008, S. 130.

37 | Nikolas Busse, „Der Westen forscht nach Ursachen des Krieges in Georgien“, in: *FAZ*, 06.09.2008.

38 | *Focus*, Nr. 34, 18.08.2008, S. 126.

39 | Interview mit Präsident Saakaschwili in der *Bild*-Zeitung, 27.08.2008.

## RUSSISCH-AMERIKANISCHE KONFRONTATION

**Die russische Intervention in Georgien, die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten und die Einrichtung russischer Militärstützpunkte bedeuten eine Verschärfung der russisch-amerikanischen Konfrontation im Südkaukasus.**

Die russische Intervention in Georgien, die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten und die Einrichtung russischer Militärstützpunkte bedeuten eine Verschärfung der russisch-amerikanischen Konfrontation im Südkaukasus. Der russische Vergeltungsschlag wegen 80 getöteter russischer Soldaten – laut Putin – und die Aggression im „georgischen Kernland“ sind Thema im gegenwärtigen amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf.

Senatorin Hillary Clinton brachte die Debatte in den USA auf den Punkt: „Haben wir Georgien auf irgendeine Weise ermutigt, militärische Gewalt einzusetzen?“ Habe die Bush-Regierung Russland und auch Georgien „wirklich ausreichend vor den Konsequenzen eines Krieges“ gewarnt? Und wie habe es sein können, dass die USA vom Ausbruch dieser Feindseligkeiten so „überrascht worden sind“? Die Senatorin forderte die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Klärung dieser Unregelmäßigkeiten.<sup>40</sup>

Bei der Anhörung im Auswärtigen Ausschuss des Senats kritisierte der Staatssekretär im State Department, William Burns, die georgische Regierung. Durch den Angriff der georgischen Truppen auf die südossetische Hauptstadt Zchinwali habe Tiflis der russischen Regierung einen Vorwand für ihr militärisches Vorgehen geliefert. So wie der US-Botschafter in Moskau bestätigte auch Burns, dass Washington die Regierung Saakaschwili in den Tagen und Wochen zuvor wiederholt deutlich davor gewarnt habe, in Südossetien Gewalt anzuwenden. „Wir haben hervorgehoben, dass der Einsatz militärischer Gewalt, selbst im Angesicht von Provokationen, zu einem Desaster führen wird.“<sup>41</sup>

Es war von Anfang an klar, dass nur ein Kandidat von der Georgien-Krise und einer politischer Konfrontation zwischen den USA und Russland profitieren würde: John McCain fordert seit Jahren eine härtere Gangart gegenüber Moskau – bis hin zum Ausschluss Russlands aus den G8-Staaten. „Sicher nützen die Vorgänge in Georgien dem Republikaner John

40 | *Der Spiegel*, Nr. 38, 2008, S. 128.

41 | FAZ, 19.9.2008.

McCain“, meinte auch der ehemalige deutsche Außenminister Klaus Kinkel.<sup>42</sup>

Warum griffen die georgischen Truppen Südossetien in der Nacht vor der feierlichen Eröffnung der Pekinger Olympiade an – und nicht vorher oder nachher? Dass der Krieg außerdem in die letzte entscheidende Phase des US-Präsidentschaftswahlkampfes fällt, schließt eine Verbindung zwischen den Ereignissen gerade nicht aus. Wie tief reicht die politische Beziehung – oder wie es Präsident Saakaschwili nennt – „die Freundschaft“ zwischen ihm und dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain, der von Russlands neuem Krieg im Wahlkampf profitierte? Inwieweit die Beziehungen zu Georgien in der Strategie der „Public Diplomacy“ des Weißen Hauses eine Rolle spielten, werden die Wissenschaftler später beantworten.<sup>43</sup>

**Warum griffen die georgischen Truppen Südossetien in der Nacht vor der feierlichen Eröffnung der Pekinger Olympiade an – und nicht vorher oder nachher?**

Wurde die „russische Gefahr“ instrumentalisiert, um der US-Militärpräsenz im Kaukasus zu Hause eine gute Presse zu sichern? Immerhin blieb nicht verborgen, dass McCains wichtigster außenpolitischer Berater, Randy Scheunemann, auf der Gehaltsliste der georgischen Regierung stand und bis Mai 2008 als Lobbyist für Georgien in Washington tätig war. Am 12. August 2008 erwähnte der Präsidentschaftskandidat bei einer Wahlkampfede sein Telefongespräch mit Saakaschwili: „Ich wisse, sagte ich ihm, dass ich für jeden Amerikaner spräche, wenn ich ihm erkläre: Heute sind wir alle Georgier.“<sup>44</sup> Zwar behauptet Saakaschwili, die Unterstützung aus den USA sei parteiübergreifend, tatsächlich verbindet ihn aber nur mit der Bush-Administration eine seit nunmehr fünf Jahren andauernde enge politische und militärische Zusammenarbeit.<sup>45</sup>

42 | Siehe auch Stefan Meister: Russland und der Krieg gegen Georgien. In: DGAP, *Standpunkt*. September 2008.

43 | Thomas Jäger, Henrike Viehrig (Hrsg.), *Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit? Theoretische und empirische Analysen der Public Diplomacy zum Irakkrieg*, Wiesbaden 2008. Jochen Hils, *Manipuliertes Volk? Mediendemokratie und die militärische Interventionspolitik der USA am Beispiel der Kosovokriege*, Baden-Baden 2007.

44 | Matthias Rüb, „Schützenhilfe aus Georgien. McCain holt in der Wählergunst auf“. Lorenz Jäger: „Sind wir alle Georgier?“, in: FAZ, 22.08.2008.

45 | Saakaschwili nannte McCain seinen „persönlichen Freund“, der ihn schon 2003 in Tiflis besuchte und ihm eine kugelsichere Weste mitgebracht habe. In: *Die Welt*, 26.06.2008.

In dieser Zeit waren die USA ein Garant für die georgische Demokratie, Militärhilfe inklusive. Gleichzeitig fungierte Georgien seit 2004 als aktives Glied der amerikanischen Politik gegenüber Russland. Auch gehört Tiflis dem unter der Schirmherrschaft von US-Vizepräsident Cheney gebildeten „demokratischen Gürtel“ an: Neben den baltischen Staaten sind Polen, die Ukraine und Georgien dabei. Seine Aufgabe besteht darin, die Annäherung des autoritären Russland an die Europäische Union zu bremsen und Russlands Energielieferungen zu kontrollieren. „Die freie Welt“ sei in der Verantwortung, Georgien beizustehen, da Georgien im Irak das drittgrößte Kontingent der Koalitionstruppen gestellt habe, erklärte Cheney während seines Besuches in Tiflis am 5. September 2008.<sup>46</sup>

Nicht zufällig ließ Saakaschwili via CNN die Weltöffentlichkeit wissen, nicht Georgien, sondern Amerikas Werte habe Russland angegriffen. McCains schon erwähnte Antwort bei einer Wahlveranstaltung am 14. August 2008 kam postwendend: „Wir sind jetzt alle Georgier.“ Dass die Bush-Administration von Georgiens Absicht wusste, einen Krieg vom Zaun zu brechen, belegt nicht zuletzt die öffentliche Erklärung des Moskauer US-Botschafters John Beyrle. Der Diplomat betonte, die USA hätten „bis zur letzten Minute die georgische Seite“ davon zu überzeugen versucht, „diesen Schritt nicht zu unternehmen“. Der US-Botschafter stellte zudem fest, dass die „russischen Truppen mit Recht auf den Angriff auf die friedensstiftenden Truppen in Südossetien geantwortet haben“.<sup>47</sup>

**Auch in der PR-Arbeit des Kreml spielt der Konflikt eine wichtige Rolle: In Moskau wird er als ein von den USA vorbereiteter Angriffskrieg dargestellt, dessen Ziel es gewesen sei, Russland international zu diskreditieren.**

Auch in der PR-Arbeit des Kreml spielt der Konflikt eine wichtige Rolle: In Moskau wird er als ein von den USA vorbereiteter Angriffskrieg dargestellt, dessen Ziel es gewesen sei, Russland international zu diskreditieren. Nachdrücklich kritisierten Präsident Medwedew und Ministerpräsident Putin die georgisch-amerikanische militärische Zusammenarbeit und die Präsenz von US-Militärberatern in der Konfliktzone. Nach den Worten Putins waren sie da, um „einen kleinen siegreichen Krieg zu organisieren. Und als dieser misslungen war, wurde das Feindbild Russland aktiviert, um auf dieser Grundlage die Wähler um

46 | Cheney stärkt Tbilisi im Konflikt mit Moskau den Rücken. In: NZZ, 05.09.2008.

47 | *Kommersant*, Moskau, 22.08.2008.

einen der beiden Präsidentenanwärter zu scharen. Natürlich um den Kandidaten der regierenden Partei. Denn nur sie verfügt über die entsprechenden Ressourcen.“<sup>48</sup> Tatsächlich ist ungeklärt, welche Bedeutung den US-Militärberatern bei der georgischen Entscheidung zukommt, einen Krieg gegen Russland zu beginnen.<sup>49</sup> Medwedew empfahl seinen „amerikanischen Partnern, die Beziehungen zum existierenden Regime zu überdenken“. Wie Putin sprach er von „*regime change*“, um so zumindest rhetorisch Brücken zur US-Strategie im Irak zu schlagen.<sup>50</sup>

Jetzt sei die transatlantische Solidarität und Einigkeit gegenüber Russland gefragt, schreibt die US-Außenministerin in einem Gastbeitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Russlands unangemessenes Vorgehen in Georgien, das sie früher als „paranoide und aggressive Impulse“ bezeichnet habe, erfordere Entschlossenheit, um das imperiale Russland mit seinen Drohungen zu isolieren.<sup>51</sup>

Die Bundesrepublik Deutschland halte die Reaktion Russlands im Konflikt mit Georgien „für nicht angemessen“, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut am 2. Oktober 2008 in St. Petersburg. Sie fügte hinzu: „Wir müssen jetzt wieder Vertrauen aufbauen.“<sup>52</sup>

48 | Langfassung des Interviews mit Wladimir Putin, ARD, 29.08.2008. In: [www.tagesschau.de/ausland/putininterview100.html](http://www.tagesschau.de/ausland/putininterview100.html).

49 | Herfried Münkler, „Ausnahme am Kaukasus“, in: *Welt am Sonntag*, 24.08.2008.

50 | Präsident Rossii, 02.09.2008, in: [www.kremlin.ru/text/](http://www.kremlin.ru/text/).

51 | Condoleezza Rice, „Transatlantische Einigkeit gegenüber Russland“, In: FAZ, 24.09.2008.

52 | Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel, gehalten am 02.10.2008 in St. Petersburg, in: [www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2008/10/2008-10-02-merkel-petersburgerdialog.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2008/10/2008-10-02-merkel-petersburgerdialog.html).